

Frieden ist der Ernstfall

„Bremer Erklärung“ der Norddeutschen Friedenskonferenz 25.2.2023

Vor einem Jahr hat die russische Invasion in die Ukraine begonnen und seitdem tobt dort ein barbarischer Krieg. Dieser Krieg ist eine flagrante Verletzung des Völkerrechts und hat unermessliches Leid über die Menschen gebracht. Er ist nicht nur eine militärische Konfrontation zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation, sondern ein Stellvertreterkrieg zwischen der USA/NATO und Russland. Mit der westlichen Aufrüstung, insbesondere auch deutschen Waffenlieferungen, wird die Spirale der Zerstörungen weiter befeuert, und die Gefahr eines atomaren Krieges wächst von Tag zu Tag. Die un-sozialen Kosten auch hierzulande sind hoch.

Die in Bremen versammelten Friedensinitiativen aus Norddeutschland fordern deshalb ein sofortiges Ende des täglichen Mordens! Waffenstillstand ohne Bedingungen, Ende der Waffenlieferungen und Aufnahme von Verhandlungen möglichst unter Führung der Vereinten Nationen ist das Gebot der Stunde und ein Akt der Solidarität auch mit der ukrainischen Bevölkerung.

Insbesondere aus Ländern des globalen Südens gibt es zahlreiche Vorschläge für diplomatische Lösungen. Auch mehr als 50 Prozent der deutschen Bevölkerung sprechen sich für Friedensverhandlungen aus, in jüngster Zeit durch zahlreiche kritische Publizisten und Prominente unterstützt. Wir begrüßen das „Manifest für Frieden“ von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer kraftvollen Bewegung zur Beendigung des Ukrainekrieges. Wir grüßen die DemonstrantInnen in Berlin und vielen anderen Orten der Republik und wollen in den kommenden Monaten die Friedensbewegung lokal, bundesweit und international stärken.

Wir werden unsere Aktivitäten intensivieren und besser koordinieren. Die enorme Militarisierung (100 Mrd. und mehr „Sondervermögen“) ist auch im Norden greifbar – und stößt auf unseren Widerstand. In Munster, größter Bundeswehr-Heeresstandort, werden ukrainische SoldatInnen für den „Leopard 2“ ausgebildet, wie zuvor schon für den dagegen „Marder“. Die Häfen in Kiel, Hamburg, Bremerhaven und Wilhelmshaven sind schon länger Umschlagsplatz für Rüstungsexporte und Militärtransporte. In Bremerhaven haben die USA aktuell 60 Panzer für die Ukraine verladen lassen, ein weiteres Schiff mit 90 Panzern ist angekommen. Die Ostsee wird mit den Marinestützpunkten in Kiel und dem Lagezentrum in Rostock in diesem geostrategisch bedeutsamen Raum weiter zur Gefahrenquelle in der Auseinandersetzung der NATO mit Russland. Im Juni soll die Logistik für das NATO-Manöver „Air Defender 23“, die größte NATO-Luftwaffenübung seit dem Ende des Kalten Krieges, über den Fliegerhorst Wunstorf abgewickelt werden. Alle diese Standorte sind mit den militärischen Aktivitäten auf den Ukraine-Krieg ausgerichtet, aber potentiell auch für weitere Kriege in Europa und der Welt disponiert. Wir dagegen setzen uns für radikale Entmilitarisierung, eine zivile Außenpolitik und globale solidarische Entwicklung ein.

Ideologien vom Siegfrieden oder gar vom Ruin fremder Nationen haben schon zweimal in den Weltkrieg geführt. Es ist unsere historische und aktuelle Verantwortung, die Bundesregierung von ihrem Kriegskurs abzubringen und die gigantischen Mittel für die Lösung der wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Krisen einzusetzen (Inflation, Energiepreise, Lebenshaltung, Gesundheit und Pflege, Bildung und Erziehung). Dass der Klimawandel als eine Kernfrage der Zukunft nur international kooperativ angegangen werden kann, bestätigt unsere Grundüberzeugung, Kriege und Militär als die größten Klimakiller zu bekämpfen.

Wir unterstützen die Gewerkschaften in ihren Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und eine bessere Gesundheitsversorgung (z.B. in den aktuellen Streiks von Verdi). Die sozialen Verheerungen als Folge von Kriegs- und Sanktionspolitik werden jeden Tag offensichtlicher und die Kooperation von Friedens- und Gewerkschaftsbewegung wird bedeutsamer. Ähnliches gilt für den Schulterchluss mit der Umweltbewegung. Nur gemeinsam gelingen uns Verbesserungen hin zu einer gerechten und friedlichen Weltordnung.